



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Stadtentwicklung,  
Planung und Bau -

## Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 20. September 2022

Vorlagen-Nr. 22-F-10-0016

### **Bauprojekte in der LHW auf Basis von Mietvereinbarungen mit WIBAU - Antrag der AfD-Fraktion vom 14.09.2022 -**

Vor dem Hintergrund der über zwei Jahre anhaltenden Corona-Krise und der Kriegereignisse in der Ukraine, die weltweit Sanktionen gegen Russland zur Folge haben, sind zum einen die Preise vieler Baustoffe, zum Beispiel für Holz, Stahl, Bitumen, etc., zum Teil sprunghaft gestiegen. Auch sind die Kosten für Energie und Kraftstoffe erheblich gestiegen. Ebenso gibt es Lieferengpässe bei vielen Produkten. Insbesondere macht die Bauindustrie geltend, dass es sehr schwierig sei, seriöse und auskömmliche Angebote im Rahmen von Ausschreibungen zu kalkulieren, und dass zudem in bereits abgeschlossenen Bauverträgen eine Störung der Geschäftsgrundlage vorliegen kann.

Außerordentliche Schwierigkeiten ergeben sich daraus für WIBAU bei der Planung und Durchführung von Bauprojekten für die Stadt Wiesbaden, für die Mietvereinbarungen mit WIBAU bestehen. WIBAU weist darauf hin, dass für verhandelte Projekte die Kosten der Angebote durch die Baufirmen deutlich erhöht wurden, dass mit erheblichen Steigerungen der laufenden Kosten (u.a. Energie) während der Laufzeit der Mietvereinbarungen zu rechnen ist und die aktuellen Steigerungen der Zinsen die Kosten der Kreditaufnahmen ebenfalls deutlich erhöhen werden. Dies gilt sowohl für abgeschlossene Mietvereinbarungen und höchstwahrscheinlich auch für geplante Mietvereinbarungen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung u. Bau wolle beschließen,

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

1. Einen Bericht zu erstellen wie folgt:
  - a. Auflistung aller Bauprojekte mit Mietvereinbarungen mit WIBAU, welche Schulen, Turnhallen, Sportplätze und Kindertagesstätten betreffen.
  - b. Auflistung der aktuell von WIBAU erhobenen Nachforderungen für bestehende Mietvereinbarungen und zu erwartende Mehrforderungen für Mietvereinbarungen für in Verhandlung befindliche Projekte.
2. Eine Kostenschätzung vorzulegen für die bereits bekannten Forderungen der WIBAU und für die noch geplanten Mietvereinbarungen.

**Beschluss Nr. 0115**

Der Antrag der AfD-Fraktion vom 14.09.2022 gilt als eingebracht.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2022

Dorothee Andes-Müller  
Stellv. Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2022

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .09.2022

Dezernat III  
Dezernat IV  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende  
Oberbürgermeister